

Ein Artikel der digitalen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom
29.11.2023

<http://sz.de/1.6309785>

Innenpolitik, 29.11.2023

Gesundheit

Müssen Kinderkliniken wieder kleine Patienten abweisen?
=====

Kinderärzte warnen vor neuerlichen Engpässen im Winter. Obwohl die Politik Abhilfe versprochen hat, sei die Lage in den Krankenhäusern kaum besser als im Vorjahr. Dabei könnte eine Maßnahme Entspannung bringen.

Von Rainer Stadler

Wolfgang Kölfen hat mehr als drei Jahrzehnte Berufserfahrung in der Kindermedizin, 22 Jahre davon war er Chefarzt in Mönchengladbach. Zudem ist er Generalsekretär des Verbands Leitender Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen Deutschlands (VLKKD), er kennt die aktuelle Lage in den deutschen Kinderkliniken. "Wir haben schlechte Nachrichten an vielen Fronten, und jetzt kommt erst der Winter", sagt er. "Aber es gibt Hoffnung."

Kürzlich haben sich 120 Chefärztinnen und -ärzte des VLKKD zur Jahrestagung in Berlin getroffen. Abschließend erklärte der Verband, angesichts des nahenden Winters und dramatischen Mangels an Ärzten und Pflegekräften in Kinderkliniken seien "erneut erhebliche Engpässe bei der Versorgung akut kranker Kinder vorprogrammiert". Dauerhaft bestünden Engpässe bei der Versorgung chronisch kranker Kinder und Kindern mit komplexen Erkrankungen.

Weil in den Kinderkliniken Pflegekräfte fehlen, werden Betten abgebaut

Die Mediziner rechnen mit ähnlich chaotischen Bedingungen wie im vergangenen Winter. Damals waren die Wartezimmer in den Praxen der Kinderärzte voll und deutschlandweit kaum Betten frei in den etwa 300 Krankenhäusern für Kinder und Jugendliche. Die Situation war für Eltern und Kinder ebenso belastend wie für Ärzte und Pflegekräfte. Die nächste Welle von Atemwegserkrankungen ist im Anmarsch, offen ist, wie groß sie ausfallen wird. Wie im Vorjahr fürchten die Kliniken besonders das Respiratorische Synzytialvirus (RSV), an dem Säuglinge und Kleinkinder schwer erkranken können.

Die Politik hat versprochen, Kinderkliniken besser zu unterstützen. Sie erhalten 300 Millionen Euro zusätzlich für die Jahre 2023 und 2024. Ziel sei es, den "wirtschaftlichen Druck bei der stationären Versorgung zu mindern sowie für eine Übergangszeit von zwei Jahren die bestehenden Strukturen zur Versorgung pädiatrischer Fälle zu sichern", erklärt das Bundesgesundheitsministerium. Kindermediziner Kölfen zweifelt, ob die Millionen wirklich den Kindern zugutekommen. Verantwortliche in den Kinderkliniken klagten, es sei unklar, wo genau das Geld eingesetzt werden soll, die gesetzlichen Vorgaben seien schwammig. Zum anderen könne nicht ausgeschlossen werden, dass manche Kliniken den Zuschuss einfach nutzten, um ihr Defizit zu verringern. "Das bringt natürlich nichts für die Versorgung der Kinder", kritisiert Kölfen.

Angespannt bleibt auch die Lage in der Kinderkrankenpflege. Laut Kölfen fehlen 6500 Pflegekräfte in den Kinderkliniken. Das sei der Hauptgrund, warum derzeit nur 70 Prozent der vorhandenen Betten tatsächlich für die Behandlung zur Verfügung stünden. Wie alle Krankenhäuser haben auch die Kinderkliniken Personalschlüssel, die nicht unterschritten werden dürfen. Wenn pro Pflegekraft doch mehr Kinder versorgt werden als vorgesehen, gibt es dafür von den Krankenkassen weniger Geld. Das trifft die Kliniken für Kinder, deren Behandlung ohnehin schon zeit- und personalaufwändiger ist als die von erwachsenen Patienten, besonders hart. Deshalb wählten Geschäftsführungen oft die kostensparende Variante und bauten einfach Betten ab.

Kinderkrankenpflege allein kann man nicht mehr lernen - das schreckt viele ab

Verbandssprecher Kölfen fürchtet, dass der Mangel an Pflegekräften weiter zunimmt. 2020 wurde die generalistische Ausbildung eingeführt, was bedeutet, dass nicht mehr allein in der Kinderkrankenpflege geschult wird, sondern auch in der Alten- und Krankenpflege erwachsener Patienten. Kinderkliniken erhielten von vielen Auszubildenden die Rückmeldung, dass sie nur in der Kinderkrankenpflege arbeiten wollten und nicht mit erwachsenen Patienten oder im Altersheim, sagt Kölfen.

Schon vor der Einführung der generalistischen Ausbildung habe eine Umfrage unter Beschäftigten in der Kinderkrankenpflege ergeben, dass 99 Prozent die Reform ablehnten. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Auszubildenden in der Pflege über alle drei Bereiche gesunken, im Jahr 2022 waren es sieben Prozent weniger Neueinsteiger als im Vorjahr.

Kölfen weiß, dass die Pflegeverbände die neue Ausbildung mit aller Macht verteidigen. Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, teilt

auf Anfrage mit, man unterstütze die generalistische Ausbildung "als eine an der Versorgung orientierte, qualitativ hochwertige, international anschlussfähige und attraktive Ausbildung". Die Wiedereinführung "der traditionellen separaten Ausbildung zur Kinderkrankenschwester", der Kölfen und sein Verband nachtrauert, lehnt der Pflegerat kategorisch ab.

Es würde helfen, wenn Fachärzte mehr Kinder ambulant behandeln dürften

Deswegen hoffen die Chefärzte in den Kinderkliniken auf Entlastung von anderer Seite. Bisher dürfen Kliniken nur eine begrenzte Menge an Patienten ambulant behandeln. Das Gros der Ärzte dort ist nur autorisiert, Kinder zu versorgen, die stationär aufgenommen wurden. Mit der Regelung sollten niedergelassene Kinderärzte vor Konkurrenz geschützt werden. Sie ist aus der Zeit gefallen, die Praxen sind notorisch überlastet.

Deshalb hat die Regierungskommission zur Krankenhausreform die Einführung von Institutsambulanzen angeregt. Das hätte zur Folge, dass es künftig allen Fachärzten in Kinderkliniken erlaubt wäre, Patienten mit chronischen und komplexen Erkrankungen ambulant zu versorgen, vorausgesetzt natürlich, dass sie die nötige Qualifikation mitbringen. Kölfen sagt, das würde "relativ zügig die Wartezeiten für Eltern und Kinder reduzieren, Stress aus dem System nehmen und den Krankenkassen Geld sparen". Er hofft, dass die Bundesregierung diese Maßnahme noch diesen Winter in einem Gesetz verankert.

Dass es so schnell geht, ist jedoch unwahrscheinlich. Ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums teilt mit, die Regierungskommission mache Vorschläge, das Ministerium prüfe, ob sie sie "gegebenenfalls in die Krankenhausreform einfließen lässt", an der gerade gearbeitet werde. Details zum Zeitplan könne er leider nicht nennen.

Rainer Stadler

=====

Rainer Stadler, Jahrgang 1967, arbeitet seit Juni 2019 als innenpolitischer Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung und schreibt vor allem über Gesundheitsthemen. Zuvor war er 18 Jahre lang Redakteur beim SZ-Magazin. Im Mai 2019 wurden er und sein Team für fünf Jahre Berichterstattung über den NSU-Prozess mit dem Henri-Nannen-Preis ausgezeichnet. Er ist Autor mehrerer Bücher und hat aus ihm heute unerfindlichen Gründen Informatik an der TU München studiert.